

Die „Vollmacht“
erscheint täglich Nachmittags um
7 Uhr und ist durch die
Verleger, Hans Bruns, Nr. 5/6
durch die Post und
durch Expeditionen zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
pro Bogen 20 Pf.
Erlaubnis Nr. 7243.

Vollmacht

Interessanten
besucht für die einjährige
Beitrag oder deren Anzahl
20 Pfennige für Vereins- und
Veranstaltungs-Beiträge
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die werkhätige Bevölkerung.
Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 177. Freitag, den 31. Juli 1896. 7. Jahrgang.

für die Opfer des Essener Meineids-Processes.

Die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur hat, wie wir schon kurz berichteten, in einer öffentlichen Erklärung um Zustimmung und Unterschriften zu einem Gnabgesuch an den König von Preußen für die unglücklichen Opfer des Essener Meineidsprocesses ersucht. Wir bringen die Erklärung hiermit ihrem vollen Wortlaute nach zur Veröffentlichung. Sie lautet:

Der im August v. J. vor dem Schwurgerichte zu Essen verhandelte Meineids-Proceß gegen die Bergleute Schroeder und Genossen hatte durch die Verurteilung der Angeklagten zu mehrjährigen Zuchthausstrafen lebhafteste Kritik und schmerzliche Theilnahme in den weitesten Kreisen hervorgerufen, was auch in den öffentlichen Blättern der verschiedensten Richtungen zum Ausdruck kam.

Nach den Ergebnissen der Verhandlung als nach der ganzen Art der Vorgänge mit denen der Proceß sich beschäftigte, erschien es fast unglücklich, daß die Angeklagten von den Geschworenen des wissenschaftlichen Meineids als überführt erachtet worden waren.

Man vergegenwärtige sich die fraglichen Vorgänge: In einer im Februar 1895 zu Baulau abgehaltenen Versammlung von Mitgliedern eines christlichen Bergarbeiter-Vereins waren auch einige socialdemokratische Bergarbeiter erschienen, an ihrer Spitze der bekannte Bergmann Schröder. Bei ihrer alsbald erfolgten Ausweisung aus dem Local war der Bergmann Schröder in der Nähe der Pforte und des Ausganges von dem Gendarmen Münster mit rauen Worten und, wie von Münster ausdrücklich zugegeben worden ist, auch körperlich durch dichtes Herantreten besonders energisch gedrängt worden. Schröder, der hierbei zu Falle gekommen war, hatte alsdann behauptet, daß Münster's Thätigkeit an diesem Falle schuld gewesen sei. In einer am 11. und am 27. Juni 1895 durch die publicistische Verbreitung dieser Behauptung eines straffälligen Verbreitens des Münster herbeigeführten Gerichtsverhandlung war Schröder in seiner Eigenschaft als Zeuge bei dieser Angabe geblieben, um mehrere seiner Genossen, in derselben Eigenschaft vernommen, welche bei dem Vorgange in der Versammlung zu Baulau theilhaftig gewesen waren, hatten diese seine Aussage dahin bestätigt, daß er durch einen Stoß Seitens des Gendarmen Münster zu Falle gekommen sei.

Da die Aussagen des Münster und des bei der Versammlung in Baulau zugegen gewesenen Polizeicommissar Brockmeyer, sowie die Aussagen mehrerer bei jener Versammlung theilhaftig gewesenen Mitglieder des christlichen Bergarbeiter-Vereins eine solche Thätigkeit in Abrede stellten und nur das Sinken des Schröder bestätigt fand, so wurde nunmehr gegen Schröder und Genossen auf Grund ihrer heftigen Aussagen die Anklage wegen wissenschaftlichen Meineids erhoben, deren Ergebnis die vorerwähnte Verurteilung war.

Es mußte zunächst höchst beklagenswerth erscheinen, daß man den tumultuarischen Charakter der Baulauer Vorgänge bei der sachlichen Beurteilung der trassen Verschiedenheit der Zeugenaussagen so wenig berücksichtigt hatte. Die hochgradigen Erregungen aller bei solchen Vorgängen Theilhaftigen verursachen doch nach zahllosen Erfahrungen so starke und bei den verschiedenen Personen so verschiedene Erregungen der unmittelbaren Wahrnehmungen und der nachherigen Erinnerungen, daß selbst bei den einfachsten Ereignissen conträr von einander abweichende und doch förmlich zweifellos gutgläubige Aussagen von Augen- und Ohrenzeugen keineswegs zu den Seltenheiten gehören. Unsere Zuchthäuser würden überfüllt werden, wenn man derartige Verschiedenheiten bei gerichtlichen Ermittlungen zu Fragen wissenschaftlichen Meineids zuläße und sodann nach den äußerlich unsicheren Gesichtspunkten der größeren oder geringeren Glaubwürdigkeit der Einzelnen aburtheilen wollte.

Eine besondere Verbitterung aber erfuhr der Eindruck jenes Urtheils dadurch, daß der Staatsanwalt die Glaubwürdigkeit der Aussagen derjenigen Theilhaftigen, welche sich

als Socialdemokraten bekannt, wegen dieser ihrer Parteistellung in Zweifel gezogen hatte.

Geschworenen-Gerichte ist es versagt, ihren Spruch durch Gründe zu rechtfertigen. Der Anschein war aber bei der ganzen Sachlage nicht abzuweisen, daß die Geschworenen sich in der That im vorliegenden Falle von der Annahme hatten leiten lassen, die früheren Zeugen, späteren Angeklagten, seien durch socialdemokratischen Partisanatismus zu bewußter Verletzung der Eidespflicht bestimmt worden. Durch eine solche Annahme oder wäre die Politik in den Gerichtssaal getragen und die Geschworenen wären selber Opfer politischer Benommenheit geworden; denn nur solche entschlägt sich des für alles Zusammenleben unerlässlichen Vertrauens auf die generelle Unabhängigkeit sittlicher Gesinnung von politischer Anschauung.

Sollten dagegen besondere Gründe, welche in den verschiedensten Berichten über die Verhandlungen nicht hervorgetreten sind, die Geschworenen zu der Annahme von partisanarischen Motiven bei den Angeklagten veranlaßt haben, so ist das persönliche Auftreten derselben in der Verhandlung, so kläglich die Annahme wissenschaftlicher Eidesverletzungen doch noch immer eine sehr fernliegende, während unbewußt, durch den Partisanatismus in übereinstimmender Weise verursachte Erregungen der Wahrnehmungen in der Baulauer Versammlung und der Erinnerungen an dieselbe sehr viel wahrscheinlicher waren.

Das Gesetz hat dem Richter-Collegium das Recht gegeben, einen Spruch der Geschworenen zu beseitigen, wenn es einstimmig der Ansicht ist, daß die Geschworenen sich zum Nachtheil des Angeklagten geirrt haben. Die Gerichte gehen dabei jedoch überwiegend von der Anschauung aus, daß ihnen diese Beseitigung des Schuldspruches nur dann zulässig ist, wenn sie die positive Ueberzeugung von der Unschuld des Angeklagten gewonnen haben. Wo, wie hier, mangels entscheidender Anhaltspunkte gegen, aber auch für die Angeklagten nur mit Wahrscheinlichkeiten gerechnet werden kann, schließt somit jene Befugnis des Richters nicht vor einem Fehlurtheil, das ja auch dann vorliegt, wenn ein „Schuldig“ ausgesprochen wird, ohne daß die Schuld des Angeklagten voll erwiesen ist.

Verfügen hiernach die processualischen Vorkehrungen, so bleibt als einziges Mittel, um wenigstens die rechtskräftende Wirkung von Fehlurtheilen zu beseitigen, das der Krone zustehende Begnadigungsrecht.

Schon bald nachdem im Laufe des letzten Winters das Urtheil des Essener Geschworenen-Gerichts rechtskräftig geworden war, hatte sich an verschiedenen Stellen Deutschlands die Absicht gereigt, die weitesten Kreise zu einer auf Begnadigung der Verurtheilten zu richtenden Kundgebung aufzurufen. Angesichts des Unterbleibens von Gnabgesuchen der Verurtheilten selber hatten jedoch formelle Bedenken und Meinungsverschiedenheiten hemmend hierauf eingewirkt, zugleich mit der Hoffnung, daß man von den zuständigen Stellen selber in einem geeigneten Zeitpunkt der Gelegenheit näher treten würde.

Inzwischen hat jedoch eine am 19. vorigen Monats vor der Strafkammer zu Köln stattgefundene Verhandlung in Sachen einer Beleidigung des vorerwähnten Gendarmen Münster durch den Redacteur Forstner nicht bloß einen ercenten Beitrag zu der Klärung der ganzen Angelegenheit geliefert, sondern auch einen neuen Appell an das Gewissen des deutschen Volkes gerichtet, daß es nicht auf die Dauer unthätig dem schmerzlichen Schicksal der Verurtheilten des Essener Processes zusehen dürfe, sondern sich unermüdet und kräftig dagegen regen müsse, um so mehr, als hierdurch entsprechende Erwägungen an zuständiger Stelle doch nur gefördert werden können.

Nach glaubhafter Berichterstattung hat das von dem Vorsitzenden der Kölner Gerichtsverhandlung publicirte Urtheil unter anderem die folgende Stelle enthalten: „Das Gericht ist zu dem Resultat gekommen, daß der Grund, durch den Schröder zu Falle gekommen ist, nicht aufgeklärt ist, daß somit ein non liquet vorliegt.“

In dieser Erklärung der Kölner Strafkammer treten die vorerwähnten Unsicherheiten der Grundlagen für die Essener Schwurgerichtsentscheidung aufs Neue unverkennbar zu Tage.

und es hat sich in der That in der ganzen Kölner Verhandlung auf Grund einer Reihe von Zeugenaussagen, von denen auch mehrere aus den Kreisen der Mitglieder der christlichen Bergarbeitervereine herrühren, aufs deutlichste die Möglichkeit eröffnet, daß die Aussagen von Schröder und Genossen sogar von dem wirklichen Sachverhalt bei weitem nicht so entfernt geblieben sind, wie es in dem Ergebnis der Essener Verhandlungen angenommen worden ist, geschweige denn, daß von dem Nachweis einer wissenschaftlichen Fälschung der Thatfachen von dieser Seite irgendwie die Rede sein kann.

Unter diesen Umständen glauben die unterzeichneten Mitglieder der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, getreu den von ihrer Gemeinschaft übernommenen Pflichten, sich an die weitesten Kreise des deutschen Volkes mit der Aufforderung wenden zu sollen, auch ihrerseits die Angelegenheit ernstlich zu erwägen. Wir bitten diejenigen, welche zu einer mit der unsigen übereinstimmenden Ansicht über dieselbe kommen, dies uns kundzugeben zu wollen, damit diese Zustimmung zu der bevorstehenden Erklärung nicht bloß in die Öffentlichkeit, sondern auch an die zuständige Stelle gebracht werden können, um dort inständigst zu erwägen zu helfen, ob es nicht gerechtfertigt ist, gegen die unglücklichen Verurtheilten des Essener Processes baldigst Gnade zu lassen und zugleich dem Gewissen und Gerechtigkeitsgefühl vieler Verurtheilten zu gewähren.

Im Namen einer größeren Anzahl, den verschiedensten Berufskreisen angehörender Mitglieder unserer Gesellschaft, welche bereits ihre Unterschrift eingekandt haben:

- Director Prof. Dr. Döring (Berlin), Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. W. Foerster (Berlin), Fabrikbesitzer und Stadtverordneter Dr. J. Ginsberg (Berlin), Mitglied des Reichstages Dr. H. Bachmide (Berlin), Dr. R. Penzig (Charlottenburg), Dr. Arthur Klinge (Frankfurt a. M.), Rechtsanwalt Dr. Rothe (Berlin), Frau Jeanette Schwerin (Berlin), Frau Marie Stritt (Dresden), Professor Dr. Ferdinand Lannies (Hamburg), Professor Dr. W. Wislicenus (Straßburg).

So rückhaltlos wir die hochherzigen Beweggründe der Veranstalter dieser Bewegung anerkennen, so wenig können wir uns entschließen, diesem Aufruf beizutreten. Wir wollen für die unglücklichen Opfer jenes Processes nicht Gnade, sondern Recht. Und wir glauben uns darin nicht nur mit allen Genossen überhaupt, sondern vor Allen mit den „Zuchthäusern“ selbst einig, die ihr furchtbares Schicksal mit Fassung tragen und es als treue Anhänger der Socialdemokratie verschmäht haben, selbst ein Gnabgesuch einzureichen.

Politische Rundschau.

Ausnahmegesetze gegen die Socialdemokratie sollen jetzt, wie wir dieser Tage mittheilen, auf den Reichstag in den „Hamb. Nachrichten“, da der Reichstag dazu die Hand nicht geboten hat, von den Einzelstaaten erlassen werden. „Denn so lange das Reich über die Behandlung der Socialdemokratie bindende Normen nicht aufstellt, bleiben nicht nur die in den Einzelstaaten geltenden Rechtsvorschriften in Kraft, sondern sie können auch im Wege der Landesgesetzgebung aufgehoben oder abgeändert werden. (Vergleiche Laband, Deutsches Staatsrecht, Band 2, S. 116 ff.)“ Die „Germania“ bemerkt dazu: „Wir wollen uns auf das Staatsrechtliche in dieser Frage zunächst nicht einlassen, aber so viel ist sicher, der Socialdemokratie wird auch in den Einzelstaaten durch Ausnahmegesetze kein Abbruch geschehen, im Gegentheil — sie sind die wirksamste Propaganda für die Socialdemokratie, wie denn auch die Katholiken-

Lene.

Roman von Nicolaus Krauß.

Von der Stunde an hatte die Lehrerin das Vertrauen ihre Ziehkinde endgültig gewonnen. Am andern Tag kam Lene aus freien Stücken zur Tante, welche am Tische saß und begann vor ihr ein über und über verknüpftes Mädelchen auszukramen. Zuerst brachte sie eines jener blauen Taschentücher hervor, von denen jeder Bauer eines in die Tasche steckt, wenn er zur Stadt geht, und die so groß sind, daß sie gut und gern auch als Einschlagtücher benutzt werden können; dann kam ein Stückchen buntes Zeug vor einer abgetragenen Weste und zum Schluß eine ganz zerknautschte Pfeifenspitze. Und Tuch, Lappchen und Pfeifenspitze legte Lene auf den Tisch, eines neben das andere, und über jedes strichen ihre lieblosenden Finger. Als die Lehrerin das Ungethüm von einer Pfeifenspitze erblickte, hätte sie im ersten Erkennen bald hellauf losgeschrien. Da hörte sie, wie die Kleine mit aller Inbrunst einer Kinderseele flüsterte: „Von meinem Vater!“ Das Reden verging ihr, und sie wachte sofort des Räthfels Dentung.

Lene's erster Schulgang in Mählesien fiel nicht besonders angenehm für sie aus. Der Lehrer hatte in wohlwogener Absicht das Kind nicht vor Beginn des Unterrichts das Schulzimmer betreten lassen, es mußte warten, bis er selbst hinausging, dann führte er es an der Hand in die Klasse. Die Kinder redten die Hälse nach dem fremden Ankömmling, und durch die Bänke, auf denen die älteren Knaben und Mädchen saßen, lief ein Raunen und Lächeln.

„Mag-da-le-na Stei-ner, Du seht Dich auf die zwei-te Mäd-chen-bank von un-ten, an die rech-te Seite kein Durch-gang; Du wirst sehr gut auf-passen,

da—mit Du ant—wor—ten kannst, wenn ich Dich er—was fra—gen wer—de. Ru—he! —“ sagte der Lehrer in seiner abgerissenen, jede Silbe gleichmäßig betonenden Sprechweise, die er für den Unterricht angenommen hatte, um nicht jeden Augenblick in den Dialekt zu fallen; dann wurde ein Vaterunser heruntergeschrien, und der Unterricht begann.

Lene saß steif auf ihrem Platze, ohne sich um ihre Nachbarinnen auch nur mit einem verstoßenen Blick zu kümmern; ihre Hände hatte sie vor sich flach auf die Bank gelegt, ihre Augen blickten nach dem Lehrer. Sie antwortete, wenn sie gefragt wurde, so aus sie es vermochte, aber nie streckte sie den Finger in die Höhe, zum Zeichen, daß sie auch etwas wisse. So war der Vormittag allmählig vergangen. Pöblich wurde der Lehrer abgerufen.

Einige Minuten war's im Schulzimmer noch still wie in einer Kirche. Dann begann einer laut aufzuhäuschen, als läge ihm ein ganzer Centner auf der Brust, und er müsse ersticken. Ein zweiter hatte seine Holzbüchse, in der er seine Schieferstifte verwahrte, erlangt und quetschte mit ihr, daß es den kleinen ABC-Schützen eiskalt über den Rücken rann. Einer scharte mit den Fäßen und wiewerte dazu wie ein muthwilliges Füllen, der siebelte mit seinem Taschentüchel an der Schulbank herum und einer zerriß mit seinem senkrecht gehaltenen Stiff seine Schreibtisch die Kreuz und die Quer. Das Schnäpzen der Mädchen klang bald wie Sausen-geschmetter. Und dieses Lärmgewirr zerriß plötzlich eine helle Mädchenstimme!

„Du, Steinerin, woher kommst Du denn eigentlich?“

Lene gab keine Antwort. Noch immer saß sie da wie während des Unterrichts. Aber von allen Bänken her begann jetzt ein Schieben und Trängen nach der Fremden hin. Einzelne sprangen

auf die Stühle, andere stiegen über die Köpfe ihrer Vorderreute hinweg und der ganze Schwarm ballte sich um Lene, wie schwärmende Bienen um ihre Königin. Und in vielstimmigem Chor schrie und quakte es, ganz im Takte!

„Steinerin! Steinerin! Wo bist denn her! —“

„Steinerin! Steinerin! Wo bist denn her!“

Ein großes Mädchen drängte sich durch, sagte Lene's Kopf, rieb ihn zwischen den Fingern und höhnte: „Du, denn ist ja die ganze Jahr' ausgegangen. O je! Pfui Schinder!“

„Pfui Schinder! Pfui Schinder!“

Lene hatte die Zähne aufeinander gebissen und hielt mit aller Gewalt die Jähren zurück, die ihr in die Augen quollen. Das vermochte die Anderen nicht weichmüthiger zu stimmen.

„Strahl Beisel! Was die für Nasenlöcher hat!“

„Und a Maul macht sie wie a Dreipfann!“

„Jefas! Jefas! Die hat ihre Junge vergessen!“

„Stumme, dumme Lene! Stumme, dumme Lene!“

„Laßt mich durch, Manner, ich werd' sie schon lebendig machen!“

Der große, starke Junge sagte Lene mit beiden Händen am Kopfe und brüllte ihr ins Ohr, so kräftig er es vermochte.

Jetzt konnte sich das gequälte Mädchen nicht mehr bezwingen; es schnellte empor und rief einen Schrei aus wie ein getretener Hund. Das reizte die graulamen Kinder-gemüther zu neuen Qualereien. Und schon jetzt die weißen an, mit noch ärgerem Spott und Hohn die Fremde zu über-schätten. Aber sie kamen nicht dazu. Auseinander stoben sie wie Feldmäuse, unter die eine Ecke fährt. Ohne daß sie es gewahr geworden, war der Lehrer eingetreten.

Französischen Redacteur Lammert in Treuen, der wegen Verleumdung des dortigen Stadtraths angeklagt war, freigesprochen, da das Gericht der Ansicht war, daß der Angeklagte als steuerzahlender Einwohner und als Redacteur berechtigt gewesen sei, Mißstände in der städtischen Verwaltung zu besprechen und zu kritisieren. — Wir sind begierig, ob in Processen gegen unsere Parteigenossen diese sehr vernünftige Auffassung auch zur Geltung kommen wird. —

Die oldenburgischen Landtagswahlen sind auf den 15. October festgesetzt worden; vom 24. bis 27. September finden die Wahlen von Wahlmännern statt.

Heiße Kämpfe wird es bei den bevorstehenden Landtagswahlen im Großherzogthum Gotha geben, wie folgender, der „Frankf. Ztg.“ von dort zugegangene Mittheilung erkennen läßt: Am rührigsten sind schon seit Wochen die Socialdemokraten, die statt des bisherigen einen Vertreters deren vier in den Landtag zu bringen hoffen. Der Aufforderung des socialdemokratischen „Volksblattes“, das Staatsbürgerrecht zu erwerben, wird so zahlreich nachgekommen, daß, wie Oberbürgermeister Liebetrau geäußert hat, zur Bewältigung der einlaufenden Anträge nachgrabe besondere Kräfte nöthig sein würden. Die Conservativen und Nationalliberalen haben ein Cartell geschlossen, von dem die freisinnigen Parteien nichts wissen wollen. Die der freisinnigen Vereinigung angehörigen „Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Wir persönlich können schon heute erklären, daß wir die Wahl eines und selbst einiger Socialdemokraten durchaus nicht als ein Unglück betrachten würden und daß wir darum keinen Grund haben, gegen die Socialdemokraten — den „gemeinsamen Feind“ Front zu machen, d. h. mit Conservativen und Nationalliberalen gemeinsam gegen die Socialdemokraten zu stimmen.“

Belgien.

Die Provinzialrathswahlen. Die socialdemokratische Partei war unter den ungünstigsten Bedingungen in den Kampf eingetreten. Sie kam gerade von der großen Schlappe der Parlamentswahlen, eine Schlappe, die ihre Kräfte und ihre Reserven mitbrachte. In den meisten Wahlorten standen ihr außerdem die Katholiken und Liberalen gegenüber als Vertheidiger des capitalistischen Systems. Dazu noch die Ungerechtigkeit des Pluralwahlrechtes, das dem Reichen drei Stimmen, dem Armen aber nur eine giebt, und dann die gefühllose Bestimmung, daß alle Bürger unter 30 Jahren von der Wahl ausgeschlossen sind; also gerade die begehrtesten und leistungsfähigsten Männer! Aber trotz alledem kann sich die socialdemokratische Partei des Ausganges der Wahlen freuen. Sie gewinnt zwei Sitze in der Provinz Brabant, einen in Schaerbeek, den anderen in Waare: Der händliche Ausschuß, das ist in Wahrheit das Ministerium der Provinz, ist gestürzt, und selbst eine Stichwahl in Ouderlecht kann daran nichts ändern. Was werden die Liberalen in Brüssel machen, die Dank der Unterstützung der Ultramontanen gesiegt haben? Das ist die große Frage in diesen Tagen. Wenn sie eine Verständigung mit den Socialisten ablehnen und sie von der Provinzialverwaltung ausschließen, dann verlieren sie noch den Rest der Achtung, die sie heute noch genießen, und alle aufrichtigen Antiklerikalen werden dann ins Lager der Socialisten übergehen. In Charleroi triumphierten die Socialisten mit 1000 Stimmen Mehrheit über Liberale und Merikale. Der socialistische Ausschuß von Mons ist ernstlich bedroht durch den Zusammenschluß der Liberalen und Merikalen. In der Provinz Namur verlieren die Liberalen mehrere Sitze, aber sie gewinnen auch einige; ebenso ist es in Luxemburg und in den beiden Flandern, wo die katholischen Majoritäten immer noch sehr beträchtlich sind. In Lüttich, wo eine theilweise Neuwahl stattfand, kommt ein Socialist in Stichwahl. Er wird sicher gewählt werden, ebenso wie die socialdemokratischen Candidaten in Verviers, Huy, Hellogne, Fléron und Péron. Die Socialisten können mit dem Ergebnis dieser Wahlen zufrieden sein.

Amerika.

Am 1. Juli ist ein Zusatz zur Constitution der Republik Mexiko in Kraft getreten, laut dessen die von den Einzelstaaten und Provinzen bisher erhobene Zölle fortan in Wegfall kommen. Die Wichtigkeit dieser Reform ist selbstredend. Mexiko umfaßt ein Gebiet von 765 000 (englischen) Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 12 Millionen Seelen. Bei dem großen Reichthum des Landes an Mineralien, äußerst fruchtbarem Boden, der auf sehr weiten Gebieten den Anbau von Kaffee, Zucker, Baumwolle und Tabak gestattet, bei einem ausgedehnten Küstengebiet an zwei Ozeanen und einem Eisenbahnenetz von 7000 (englischen) Meilen Länge verspricht Mexiko in naher Zukunft ein bedeutendes Absatzgebiet für ausländische Fabrikate als Austausch gegen seine eigenen Landes- und Mineralproducte zu werden. Im vorigen Jahre wurden fabrizirte Waaren im Werthe von 40 Millionen Dollars aus dem Auslande importirt, wovon mehr als die Hälfte aus den Vereinigten Staaten bezogen wurde, doppelt so viel wie aus England, Deutschland und Frankreich zusammen genommen. Der größte Hemmschuh für eine geordnete Entwicklung des Exportverkehrs nach Mexiko, die endlosen Zollplacereien, ist jetzt mit einem Schlage hinweggeräumt.

Afrika.

Die Ausbeuterwirtschaft in Transvaal. Von dort wird der „Südafrikanischen Wochenschrift“ mitgetheilt, daß die Mine Managers Association in einer Ende Juni in Johannesburg abgehaltenen Versammlung, in der 90 Betriebsleiter (also die größeren Hälfte aller Mineneleiter) zugegen waren, beschlossen hat, spätestens Anfang August, nachdem die Bestimmungen des neuen Kap-Law vollkommen durchgeführt sein werden, eine bedeutende Reduktion der Löhne vorzunehmen. Ueber die Art der Reduktion wurden die verschiedensten Vorschläge gemacht, unter Anderem auch, den Minen dadurch eine

Erleichterung zu schaffen, daß man die Kassen für ihre Bezahlung zahlen lassen sollte, doch wurde eine Entzweiung vorläufig nur dahin erzielt, daß man den durchschnittlichen Maximallohn auf 2 Sh. pro Tag festsetzte. Die Details sollen auf einer demnächst einzuberufenden Versammlung besprochen, die Löhne genau fixirt und der Tag der Einführung festgesetzt werden. Inzwischen sollen sich die Managers von ihren resp. Boards autorisiren lassen, nach eigenem besten Ermessen an den diesbezüglichen Beschlüssen in dem vorerwähnten einzuberufenden Meeting theilzunehmen. Die Beschlüsse der Mine Managers Association sollen darauf den beiden Minenkammern unterbreitet werden, die dieselben vermuthlich gut heißen werden, da sie die Urheber der Bewegung sind. Es bleibt abzuwarten, ob die Arbeiter sich die Lohnherabsetzung so ohne Weiteres gefallen lassen werden. Im Zusammenhang hiermit ist Folgendes zu beachten:

Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht eine Eingabe des österreichisch-ungarischen Hilfsvereins zu Johannesburg in Transvaal an das Auswärtige Amt zu Wien des Inhalts, daß in letzter Zeit zahlreiche Deutscher in Folge unrichtiger Zeitungsnachrichten nach Transvaal auswandern, wo sie wegen Mangels an Arbeiterbedarf keine Beschäftigung finden können und bald in Noth und Elend gerathen. Der Hilfsverein bietet das Auswärtige Amt, die nöthigen Schritte einzuleiten, damit die Auswanderer nach Transvaal, und zwar besonders Handelsbesessene, diese Thatsachen erfahren.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Nachwahl in Mainz. Genosse Joritz veröffentlicht an der Spitze der „Mainzer Volks-Zeitung“ folgende Erklärung:

An meine Wähler! Als am 6. Mai 1893 der deutsche Reichstag wegen Ablehnung der Militärvorlage aufgelöst wurde, erklärte ich in einer an demselben Tage stattgehabten Fraktionsversammlung, daß es meine Zeit nicht erlaube, nochmals ein Mandat für den deutschen Reichstag anzunehmen. Dieses Vorhaben wurde jedoch mit dem Bemerkten bekämpft, daß jeder auf seinem Posten bleiben müsse und jede Fraktion habe Mitglieder, die nur selten an den Sitzungen des Reichstages theilnehmen könnten. Ich entschloß mich nunmehr, und nachdem auch die Mainzer sich auf diesen Standpunkt stellten, zur Annahme der Candidatur. Ein Jahr nach meiner Wiederwahl erkrankte meine Frau, die mir im Geschäft eine unerlöschliche Stütze war; diese Erkrankung endigte mit dem herbsten Verlust, der mich treffen konnte, und ich bin seit dem Tode meiner Frau in allen geschäftlichen Dingen, die ich nicht selbst erledigen kann, auf fremde Hilfe angewiesen. Ich sehe mich nunmehr veranlaßt, meine schon seit Monaten meinen Parteigenossen kundgegebene Absicht, sämtliche mir übertragenen Mandate niederzulegen, zur Ausführung zu bringen.

Indem ich meinen Wählern für das mir geschenkte Vertrauen danke, theile ich denselben mit, daß mit dem Erscheinen dieser meiner Erklärung auch den amtlichen Stellen die nöthige Mittheilung geworden ist.

Im Anschluß hieran erläßt der Parteivorstand Mainz folgende Aufforderung:

Parteiengenossen! Die oben begründete Mandatniederlegung unseres langjährigen Vorkämpfers wird einen heißen Wahlkampf hervorrufen. Außer den ohnehin fälligen Neuwahlen zum heftigen Landtag wird eine Reichstags-Ergebniswahl für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim stattzufinden haben. Daß dabei von vornherein alle Kräfte angepannt werden müssen, um unserer guten Sache zum Siege zu verhelfen, darüber müssen sich Alle klar sein. Die Gegner werden Alles aufbieten, um uns das 1890 ruhmvoll eroberte Mandat zu entreißen.

Auf denn, Ihr Gesinnungsgenossen in Stadt und Land, tretet ein für Euer höchstes politisches und menschliches Interesse! Helft Alle, Alle mit, die Ihr es ehrlich meint mit dem Recht und der Freiheit, mit dem Glück und dem Fortschritt des Volkes! Thue jeder Einzelne seine Pflicht!

Hoch die Socialdemokratie!

Der Parteivorstand Mainz.

Arbeiterbewegung.

Der Streik der Präger bei der Firma Friesler u. Co. in Berlin ist nach vierwöchigem Kampf zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Chirurgische Branche. Der Streik bei der Firma Fromholz in Berlin ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Zur Steinseherbewegung wird uns geschrieben: Die Halbesstädter Steinseher haben ihre Lohnforderung vollständig durchgesetzt. Als die Unternehmer sahen, daß es den Arbeitern mit ihrer Forderung wirklich Ernst war, ließen sie den anfänglichen Widerstand fahren. In Hamburg sind die Differenzen wegen der Ueberlandarbeit immer noch nicht beseitigt, jedoch haben sich trotz der augenblicklichen Geschäftsklage noch keine Arbeiter gefunden, die diese Arbeiten unter dem aufgestellten Tarif auszuführen bereit wären. In Folge dessen haben einzelne Unternehmer ihre Bereitwilligkeit erklärt, unter gewissen Bedingungen mit der Arbeiterschaft zu unterhandeln. Vorläufig ist also noch streng für solidarische Verhalten zu sorgen. Dasselbe gilt für die Seherarbeiten und Duerfurt. In Halle a. S. sind die Steinseher ebenfalls in die Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen: Vom 1. August ab 42 1/2 Pf. Stundenlohn, vom 1. Mai 1897 ab 45 Pf.; Ueberstunden sollen mit 50 pCt., Nacharbeit mit 100 pCt. Aufschlag bezahlt werden. Die Arbeiter verpflichten sich bei Annahme dieser Forderungen seitens der Unternehmer vor dem Jahre 1900 keine Lohn-erhöhung zu fordern, wenn sich die Unternehmer ihrerseits verpflichten, bis dahin keine Lohnherabsetzung vorzunehmen. Falls die Unternehmer ein Eingehen auf diese Forderungen ablehnen, wird es wahrscheinlich am 3. August zur ArbeitsEinstellung kommen.

In der Schafabrik von Engelhardt u. Co. in Rassel haben sämtliche Zwider ihre 14 tägige Kündigung eingereicht.

In Leipzig haben, wie unser dortiges Parteiorgan berichtet, in der Buchdruckerei von G. r. u. m. b. a. h. 20 Arbeiter in einem die Arbeit eingestellt, weil einer ihrer Kollegen entlassen wurde als Antwort auf seine Weigerung, Ueberstunden zu arbeiten. In den Druckereien von Hirschfeld und August Fries haben die Sezer die Arbeit eingestellt, beziehentlich gekündigt, weil ihnen die Vortheile des neuen Tarifs vorenthalten werden sollen. Die letzte Druckerei jucht im „Gebläse“ Mitglieder der Arbeiterbewegung als Ersatz für die in Kündigung stehenden Arbeiter. Bei Hirschfeld sind acht Sezer haben geblieben.

In Chemnitz haben wegen Maßregelung eines Kollegen 23 Arbeiter und 1 Arbeiterin der Nadelabrik von Obersbach und Köhn die Arbeit eingestellt. Anfragen u. sind zu richten an Hiedert Krause, Chemnitz, Oststraße 36, III. — Ferner haben in Chemnitz die Sezer der Firma Rudolf Partel die Arbeit eingestellt, weil sie sich einen Lohnabzug von 16 1/2 pCt. nicht wollten gefallen lassen.

Sämmtliche Arbeiter der Branerei Währing in Wien stehen im Ausstand wegen Maßregelung von acht Kameraden und wegen Aufrechterhaltung einer ungeseligen (!) Arbeitsordnung. Zugang ist fernzuhalten.

Aus Antwerpen berichtet die „Königliche Zeitung“ in der ihr eigenen Weise: Der von englischen Agitatoren in Antwerpen angeregte internationale Verband der Hafnarbeiter soll hauptsächlich der gleichzeitigen Veranlichung von Ausständen in England, Holland und Belgien dienen und bei ArbeitsEinstellungen in den beiden ersten Ländern den Schiffen die Möglichkeit benehmen, ihre Ladung in belgischen Häfen zu löschen. Der monatliche Beitrag der Verbandsmitglieder ist auf 25 Cts. festgesetzt. Mehrere Verbandsmitglieder der Hafnarbeiter auf öffentlichen Plätzen wurden polizeilich aufgefaßt. Nun ist die Schauermaßregel fertig, die den belgischen Plüster wohl wieder das übliche Grusel vor internationaler Verbindung der Arbeiter beibringen wird. Der internationale Hafnarbeiter-Verband betrachtet selbstverständlich den Streik nicht als Selbstzweck, sondern lediglich als letztes Mittel zum Zweck. Was er will, das ist die Verbesserung des Arbeitsverhältnisses, und daß dazu gerade bei den Hafnarbeitern der Nachbarstaaten England, Holland und Belgien gemeinsames Handeln nöthig ist, bedarf keines Beweises.

Die organisirten Marine- und Dockarbeiter Großbritanniens fordern Erhöhung der Hafnarbeiter-Löhne. Für den Fall daß sich die Unternehmer zu nichts verstehen, soll in 14 Tagen die Arbeit niedergelegt werden. Der Ausstand würde circa 1 Million Arbeiter umfassen.

Die Bergleute in Newcastle bei Sydney in Australien streiken seit mehreren Wochen wegen schlechter Bezahlung.

Internationale Socialistischer Arbeiter- und Gewerkschaftscongrès.

London, 28. Juli 1896.

Der Vorsitz führt im Auftrage des Bureaus Singer. Er erklärt im Namen des Präsidiums, das Bureau ist der Ansicht, daß der Congrés zum Arbeiten da ist, daß er die rechte Tagesordnung zu erledigen hat, die ihm vorliegt, und daß er seine Zeit nicht mit Geschäftsordnungsdebatten verdröben darf, noch mit der Erörterung von Fragen, die für die Arbeiterparteien bereits entschieden sind. (Stürmischer Beifall). Das Bureau hat beschlossen, keine Polizei von außen in Anspruch zu nehmen, aber eine Reihe von Ordnern mit der Aufrechterhaltung der Ordnung zu betrauen. (Lebhafter Beifall). Das Bureau hat weiter beschlossen, in der Erledigung der Angelegenheit von gestern fortzuführen. Um die Behauptung unmöglich zu machen, als ob die Vergewaltigung irgend einer Gruppe beabsichtigt sei, soll folgendermaßen vorgegangen werden. Zur Debatte wird der § 11 der Geschäftsordnung mit der Abänderung gestellt, daß jede Geschäftsordnungsdebatte heute erledigt werden soll. Vier Redner sollen zu der Frage im Ganzen sprechen, und von jeder Seite zwei mit einer Redezeit von zehn Minuten. (Lebhafter Beifall). Hierauf wird nach Nationalitäten über den Paragraphen abgestimmt werden. Nach der Abstimmung wird das Präsidium dafür sorgen, daß dem Beschlusse des Congresses unter allen Umständen Achtung verschafft wird. (Stürmischer Beifall, dem sich die Franzosen und Engländer nach der Uebersetzung der Ansprache anschließen).

Der Congrés stimmt hierauf einstimmig dem Vorschlage des Bureaus zu.

Es erwähnen ist, daß die Tribunen für die Zuhörer heute geschlossen sind, um jede Störung zu vermeiden.

Der Vicepräsident der heutigen Sitzung, Keir Hardie, hält hierauf eine kurze Ansprache, in der er um die Ausübung weitest möglicher Toleranz gegen alle Diebstahl bittet, die nicht mit der Mehrheit übereinstimmen. Der Congrés ist hoffentlich weit genug, um jeder Section zu erlauben, sich darüber auszusprechen, wie sie sich zur Frage der parlamentarischen Action stellt. (Beifall).

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Als erster Redner spricht für die Aufrechterhaltung des § 11 und der Züricher Resolution über die Zulassung zum Congrés J. a. u. d. s. (Frankreich): Alle Delegirten sind von dem Gefühl weitest möglicher Toleranz und Brüderlichkeit befeelt. Aber gerade aus diesem Gefühl heraus müssen wir hier verlangen, daß der wesentliche Beschluß des Züricher Congresses aufrecht erhalten bleibt. Am der Nothwendigkeit der politischen Action muß festgehalten werden. Wir bedürfen der Eroberung der politischen Macht, um sie als Ordel für die sociale Umgestaltung zu benutzen. (Lebhafter Beifall).

Diese Anerkennung der politischen Action läuft bei uns nicht darauf hinaus, die Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes herabzusetzen. Im Gegentheil: der gewerkschaftliche Kampf ist notwendig für die Arbeiterklasse, um ihre Tagesinteressen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verstehen und ihre Fähigkeit zu weiden und zu schulen, eine neue Organisation der Gesellschaft zu errichten. Ohne die politische Action aber wird auch der wirtschaftliche Kampf zur Unmöglichkeit. (Lebhafter Beifall.) Das haben die französischen Arbeiter erst kürzlich wieder erfahren. Es geht — schließt Redner — den Parlamentarismus aus einem Werkzeug der Presse in den Händen der Capitalistenklasse zu einem Werkzeug der Befreiung in den Händen des Klassenbewußten Proletariats zu gestalten. (Stürmischer Beifall der Deutschen, des größten Theils der Engländer und etwa der Hälfte der Franzosen.)

Gegen die Züricher Resolution und § 11 spricht Lom Man n: Obwohl ich Collectivist und kein Anarchist bin, auch nicht glaube, daß ich je einer werde, bitte ich doch den Congrés, den § 11 abzulehnen. Gerade als Collectivist halte ich es für nöthig, in enger Beziehung mit allen Kämpfern, sei es für sociale Reform, sei es für sociale Revolution zu bleiben, damit wir gegenseitig voneinander lernen. Viele hier haben den Glauben an die Wirkungskraft der politischen Action und ich theile ihn. Manche haben ihn nicht, aber ich weiß, daß auch sie ihre Schuldigkeit im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse thun, ich kenne ihren Opfermuth und ihre Ueberzeugungstreue. Dieser Congrés ist nicht beabsichtigt, als ausschließlich socialistischer Congrés, er ist ebenso ein Trades-Unions-Congrés. In den Trades-Unions aber arbeiten Individualisten, Socialisten und Anarchisten vereint mit einander. Redner erinnert daran, wie er und seine Genossen, als sie noch eine kleine Partei waren, von den herrschenden Parteien verleumdet wurden. Dieses Beispiel wollen wir hier nicht nachahmen. Redner appellirt in dieser Hinsicht besonders an die Mitglieder der Trades-Unions. Er wünscht nicht, des Glaubens sein zu müssen, daß auf dem Congrés anarchistische Delegirte anwesend sind, die bloß herbeigekommen, um zu stören. Aber auch selbst dann ist der Congrés stark genug, um mit ihnen fertig zu werden. (Lebhafter Beifall eines Theils der Engländer und Franzosen.)

Für die Züricher Resolution spricht: Hundman (Socialdem. Feder): Er sei ganz unparteiisch der Züricher Resolution gegenüber; er sei nicht in Zürich gewesen und habe an ihrem Zustandekommen nicht mitgewirkt. Aber er halte sie für eine Nothwendigkeit. Die ungeheure Mehrheit der Delegirten sei entschlossen, hier zu arbeiten und sich nicht über Theorien zu unterhalten, aber die man — längt im Meinen sei. Der Congrés ist in erster Linie ein socialistischer, kein anarchischer Congrés. An die Anarchisten ist keine Einladung ergangen. Die Anarchisten stehen den Socialdemokraten in jeder Beziehung feindlich gegenüber und verhindern die angeforderte Discussion. Hier, wo die Anarchisten in der Minorität sind, erkläre sie, sie wollten ruhig verhandeln. Wie aber war es in Paris? Erkläre dort nicht der Anarchist Mellino, den er, Redner, persönlich achtete, die Anarchisten seien hergelommen, um die Verhandlungen zu stören und Wasser zu lassen? Verhindern? Der repräsentative Congrés ist gegen die anarchische Theorie. Wie können sie sich da an einem Congrés überhaupt betheiligen? Wenn sich die

Anarchisten niemals um Gewerkschaftsorganisationen gekümmert haben. Sie haben sich nur um die Freiheit des Mannes...

für die Anarchisten auf dem Congreß. Anders liegt es, wenn auch die Erklärung acceptirt wird. Im ersten Falle würden die Anarchisten dagegen protestiren...

rationale Conferenz der Gutmacher zusammen. Zahlreiche Telegramme sind eingelaufen. Darunter eines von Zamroff (Rußland). Die Nachricht, daß die Viller Genossen am letzten Sonntag bei den Wahlen zum Generalkath einen glänzenden Sieg errungen haben...

Als zweiter Redner gegen die Resolution sprach Domela Nieuwenhuis: Ueber die Züricher Resolution herrscht große Verwirrung. Es wurde gesagt, die politische Action sei notwendig...

Die Debatte ist hiermit geschlossen. Singer betont, daß wenn § 11 angenommen wird, jede weitere Geschäftsordnungsdebatte und jede Debatte über die Tagesordnung unzulässig ist.

Landauer-Berlin: Ich gehöre zu denen, deren Mandat brisant ist. Meinen und dem Protest meiner Genossen gegen diese Ausschließung habe ich dem Bureau überreicht. Auch nach der Annahme des § 11 müssen wir zugelassen werden.

Victoria-Theater. Direction Müller. Selbständig neues Programm. Heute: Nummeriert 1. Quart...

H. Danziger Cigarren-Handlung Breslau Matthiasstr. 87 empfiehlt sich einer geneigten Beachtung.

Damen-Placirungs-Bureau Martha Grafenhorst, Oberstraße Nr. 13, in besten Kreisen eingeführt...

! Brot ! groß u. schmackhaft, koste frei- und Weißweine 5885 bieten die Bäckerei von Paul Zorowka, 65, Kurze Gasse 65.

Herren-Halbschuhe in Leder zum Schneiden oder mit Nagel von 4.50 bis 7.50...

Hut-Geschäft. Frau Schreier ist nun fertig reiche Waare zu haben zu den bekannt billigsten Preisen...

Carl Smolka, Gutmacher. Verkauf Controlmarken-Güte ohne jede Preisermäßigung...

Tabakarbeiter! Sonntag, den 2. August u. Sa. Donnertags 11 Uhr, im Local „3 Tauben“...

Herren-Garderobe 1159 Complete Anzüge in allen Stoffarten und nur reeller Ausführung...

Rawitch. Empfehle d. Genossen mein Local zur geneigten Beachtung. D. Sack, Berlinerstraße 203.

Schuhwaaren, rigures Fabrikat und nur bestes Material für Herren, Damen und Kinder...

Oblau. Arbeiter-Verein für Oblau und Umgebung. Jeden Sonnabend nach dem 1. Abend...

Hauslicht. Sonntag, den 2. August u. Sa. Mitgliederversammlung des Wahlvereins...

Damen-Halbschuhe in Leder zum Schneiden oder mit Nagel von 4.00 bis 7.50...

Häslicht. Sonntag, den 2. August u. Sa. Mitgliederversammlung des Arbeitervereins...

Hut-Geschäft. Frau Schreier ist nun fertig reiche Waare zu haben zu den bekannt billigsten Preisen...

Häslicht. Sonntag, den 2. August u. Sa. Mitgliederversammlung des Arbeitervereins...

Carl Smolka, Gutmacher. Verkauf Controlmarken-Güte ohne jede Preisermäßigung...

Städterordnung für die städtischen Feuerwerke der preussischen Provinz vom 30. Juni 1893...

Complete Anzüge in allen Stoffarten und nur reeller Ausführung. Ednard Freund, Neufchestr. 57, Ecke Hinterhäuser.

Cigaren, ff. Qualitäten in jeder Preislage empfiehlt Victor Steinert, Neudorfstraße 1051.

Die Währungsfrage und die Socialdemokratie. Eine gemeinschaftliche Partheiung der währungspolitischen Zustände...

Bunzlau. Sonntag, den 3. August, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins...

Alle eine Kranken- u. Sterbe-Kasse der deutschen Drechsler und der verwandten Berufsgenossen...

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Dittcher. Sonntag, den 1. August...

Häslicht. Sonntag, den 2. August u. Sa. Mitgliederversammlung des Arbeitervereins...

Häslicht. Sonntag, den 2. August u. Sa. Mitgliederversammlung des Arbeitervereins...

Städterordnung für die städtischen Feuerwerke der preussischen Provinz vom 30. Juni 1893...

Städterordnung für die städtischen Feuerwerke der preussischen Provinz vom 30. Juni 1893...

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Congress aufruffe und im Gegensatz zu der deutschen Delegation die Mandate aller Socialisten für gültig erklärt.

Nachdem die Uebersetzung dieser Rede ins Französische und Englische gegeben, steigt Landauer auf den Stuhl und versucht von Neuem zu reden, während der Vorlesende Singer bereits dem nächsten Redner Fischer das Wort erteilt hat.

Singer: Schweigen Sie! Landauer: Unser Protest! Stürmische Unruhe. Rufe: Ordner! Ordner!

Singer: Ich erkläre, daß ich Leben, der spricht, ohne daß ich ihm das Wort erteile, durch Ordner aus dem Saale weisen lasse.

Nummehr tritt verhältnismäßige Ruhe ein. Fischer: Berlin: Wir haben keinen Anlaß, nochmals die Frage anzuschneiden, ob die Anarchisten zugelassen werden sollen oder nicht.

Singer: Ich halte es für richtig, zu dieser Frage nur einen Redner für und einen dagegen reden zu lassen.

Der Congress stimmt mit überwiegender Majorität den Anträgen der Deutschen zu.

Singer: Wenn die Gruppe da hinten nicht Ruhe hält, muß sie aus dem Saal gewiesen werden.

England entsendet 475 Delegirte. Ein Mandat ist für ungültig erklärt.

Aus Amerika sind 6 Delegirte erschienen. Das Mandat eines derselben wird beanstandet, weil er eine Union selbständiger Droschkenfahrer vertritt.

Die schweizerische Delegation hat 12 Mandate für gültig erklärt und zwei zurückgewiesen; das eine ist von Züricher Anarchisten ausgehellt, die keine Organisation bilden.

Um mit der Mandatprüfung zu Ende zu kommen, beschließt der Congress, heute länger und zwar bis 6 Uhr zu tagen.

Bericht über den Schluß der heutigen Sitzung erfolgt morgen.

Zweiter internationaler Metallarbeiter-Congress.

London, den 25. Juli 1896.

Auf dem zweiten internationalen Metallarbeiter-Congress, der vom 23. bis 25. Juli hier getagt hat, waren 10 Nationen durch 25 Delegirte vertreten. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Das internationale Secretariat wird von Winterthur nach England verlegt und Hobson-Sheffield als Secretär gewählt.

Der Generalirel ist zur Zeit unangänglich wegen den schlechten Organisationen in den verschiedenen Ländern; es soll ein Aufruf erlassen werden, der die Arbeiter auffordert, sich zu organisiren.

Bezüglich des Achtstundentags und des Minutalobnes hat das Bureau Erhebungen über die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter zu veranlassen.

Locale Rundschau.

Breslau, den 31. Juli 1896

Ueber die vaterlandslosen Socialdemokraten fällt nach den Vorgängen in Lille fast die ganze bürgerliche Presse her, von der „Frankfurter Zeitung“ angefangen bis zum erconservativen „Reichsboten“ und den bismarckischen „Hamburger Nachrichten“.

comitee fanden, wohl aber Steine fliegen sahen, von Anrüppeln, Säbeln und geballten Arbeiterfäusten bedroht waren, sich als mit allen Hunden gehegte Männer rasch in die gefährliche Situation fanden und sich einzeln und unerkannt unter die übrigen Reisenden mischten.

„Einzig nur für die Socialdemokraten bieten die Keilereien und der Steinhagel von Lille eine wichtige Lehre, aber diese Lehre werden sie nicht beherzigen und sie werden nicht einmal daran glauben.“

„Sagt, warum haßt Ihr Euch! Warum haßt Ihr ein Band gezogen, Das Grenze man von Nationen nennt?“

— und herzerhebend ist der Gedanke an eine europäische Staatenverbrüderung, doch thöricht ist es, auf diesem Gedanken zu fußen und Politik darnach zu treiben. Die Völker Europas sind so verschiedenartiger Natur, sie haben so verschiedenartige Interessen, die alle so fest im Boden der Geschichte wurzeln, daß ein allgemeiner Staatenbrei nicht denkbar ist.

Gut gebrüllt, Löwe! Besser hätte es auch das Breslauer Neptilchen vom Christophorplatz, genannt „Schlesische Morgenzeitung“ nicht machen können.

Wir sind wirklich im Zweifel, ob wir die Auslassungen der „Breslauer Morgenzeitung“ auf böswillige Entstellung oder auf totale Unkenntnis der socialistischen Anschauungen von der internationalen Zusammengehörigkeit der Arbeiterklasse aller Länder zurückführen sollen.

Wir sind wirklich im Zweifel, ob wir die Auslassungen der „Breslauer Morgenzeitung“ auf böswillige Entstellung oder auf totale Unkenntnis der socialistischen Anschauungen von der internationalen Zusammengehörigkeit der Arbeiterklasse aller Länder zurückführen sollen.

* Folgende Warnung veröffentlicht der „Reichsbote“: Ein gewisser Theobald Schellenberger, der früher zusammen mit einer Therese Keller unter der Firma „Verne, Erwerbe, Genieße“ von London aus einer

schwunghaften Stellen- und Heirathsschwindel betrieben hat, versendet neuerdings unter der Bezeichnung „Der Freund und die Freundin an allen Orten“ und unter der Adresse M. Bed oder L. Berger, 17 Schiffeld Grove, Church End, Finchley, London N., nach Deutschland Circulare, worin er sich zur Vermittlung von Heirathen und von Stellungen gegen Einfindung eines mäßigen Honorars erbietet.

* Eine Anzahl neuer Bestimmungen über die Abgabe starkwirkender Arzneimittel, gültig vom 1. October dieses Jahres ab, hat der Cultusminister erlassen. Darnach soll die wiederholte Abgabe von Arzneien der bezeichneten Art zum inneren Gebrauch ohne jedesmal erneute ärztliche Anweisung nur dann gestattet sein, wenn die Wiederholung in der ursprünglichen Anweisung bereits für zulässig erklärt und dabei vermerkt ist, wie oft und bis zu welchem Zeitpunkt sie statifinden darf.

* Die Berufung des bisherigen verantwortlichen Redacteurs der „Volkswacht“, Genossen Gerhardt, wie des Vorlesenden der hiesigen Bauarbeiter G. Mendel, gegen ein Urtheil des hiesigen Schöffengerichts, welches letzteren zu zwei Monaten und Gerhardt zu 14 Tagen Gefängniß wegen Verurtheilung nach § 153 Gewerbeordnung verurtheilte, wurde gestern vom hiesigen Landgericht verworfen.

* Vom Nippschlag getroffen wurde gestern Nachmittag der Arbeiter Kmann in der Waggenfabrik von Gebirger Hoffmann. Der Verunglückte wurde ins Allerheiligen-Hospital geschafft.

* Unfälle. Am 29. d. M., Vormittags, brach vor dem Grundstück Matthiasstraße 5 ein Arbeiter ohnmächtig zusammen. Der Mann wurde mittels Droschke in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo der Arzt Nippschlag feststellte.

* Pöblicher Tod. Am 30. d. M., Vormittags, wurde der Arbeiter Ernst B., von der Kurzgasse, auf der Brüderstraße von plötzlichem Unwohlsein befallen und begab sich in den Flur des Hauses Brüderstraße 36, wo er verstarb.

* Vermist wird der 13 1/2 Jahre alte Knabe Paul Rusche, der am 28. d. M. die elterliche Wohnung Hubenstraße 36 verlassen hat.

* Schwindler. Am 25. d. M., Nachmittags, wurde die 9 1/2 Jahre alte Tochter eines auf der Bergstraße wohnhaften Arbeiters auf der Friedrich-Wilhelmstraße von einem 20—25 Jahre alten Burschen angesprochen und gefragt, wohin sie gehe, worauf das Mädchen antwortete, sie habe von ihrer Mutter 50 Pfennige bekommen, um grünes Band zu kaufen.

